

## Helga Einsele – 1910-2005

Im Fall Helga Einseles ist ein Nachruf wahrhaft ein Vorruf. Die beträchtliche Ernte ihres Lebens bestätigt die von den Römern rar gebrauchte Ehrung von Toten: *mortua doceat vivos*. Diese Tote möge die Lebenden lehren.



© privat

Helga Einseles größte Lebensleistung bestand in ihrem 28 Jahre, von 1947-1975 ausgeübten Beruf als Leiterin der Frauenhaftanstalt in Frankfurt-Preungesheim. Dieser ist lange vorbereitet worden. Im schon praktisch gerichteten Jura-Studium und der Begegnung mit dem ungewöhnlichen Strafrechtler und Rechtspolitiker Gustav Radbruch in Heidelberg. Von Gustav Radbruch stammt nicht nur eine Konzeption sozial bedachten Strafrechts und entsprechenden Strafvollzugs, wie sie zu einem Teil der Strafvollzugsreform von 1977 und ihrem widersprüchlichen Schlüsselwort „Resozialisierung“ geworden ist. Von ihm stammt der Satz, von Helga Einsele in ihren sehr lesenswerten Memoiren zitiert: „Anzustreben ist nicht ein besserer Strafvollzug, sondern etwas, das besser ist als Strafvollzug“ (Helga Einsele: *Mein Leben mit Frauen in Haft*, Stuttgart 1994).

Eine totale Institution wie die Frauenhaftanstalt Preungesheim, zu Helga Einseles Anfangszeiten noch das Zuchthaus, kommt nur dadurch zustande, dass die staatlich herrschende Gesellschaft eine bestimmte, gesetzlich normierte „Sorte“ von Menschen zuerst abgrenzt, dann ausgrenzt und dann in Sondereinrichtungen, eben totalen Institutionen zeitweilig oder immer aussetzt (ein verborgener, zuweilen, etwa zur Nazizeit, offenkundig werdender

## In eigener Sache

Der Jahresabschluss 2004 ist geschafft, und die Spendenquittungen sind verschickt. Falls jemand letztere vermissen sollte, bitten wir um Nachricht, möglichst mit Angabe, wann welche Summe auf welches unserer Konten überwiesen wurde.

Leider mussten wir auch in 2004 wieder mit einem Defizit abschließen. Diesmal konnte dies noch von Rücklagen aufgefangen werden. Der Trend muss jedoch gestoppt werden. Während bei den Spenden letztes Jahr ein Zugang zu verzeichnen ist, gibt es leider bei den Fördermitgliedern einen Einbruch. Es gab im letzten Jahr viele Austritte, alle aus verständlichen persönlich/finanziellen Gründen (Hartz IV lässt grüßen), und nur ca. 25 Neueintritte.

Deshalb noch mal unsere Bitte: Werben Sie Fördermitglieder für das Komitee. Werbematerial zum Weiterreichen an FreundInnen und Bekannten und zum Auslegen schicken wir gerne zu (Komitee-Selbstdarstellung; Publikationenverzeichnis, Spendenaufwurf 2004).

Kostenzuwächse gab es in 2004 u.a. wegen erhöhter Produktion von Publikationen, was allerdings auch eine Erhöhung bei den Einnahmen

im Buchverkauf mit sich brachte. Glücklicherweise ging 2004 mal keine Maschine kaputt, so dass an den Bürokosten gespart werden konnte. 2003 mussten wir eine neue Briefumschlagdruck-Maschine kaufen und die Computervernetzung finanzieren. Einsparungen konnten wir in 2004 auch in den Bereichen Tagungen, Porto, Telefon, Fahrtkosten erzielen. Ein wesentlicher und uns ganz wichtiger Ausgabenposten – die Unterstützung für Gefangene – ist im letzten Jahr konstant geblieben und liegt bei rund 20.000 Euro, inclusive der Aktion der Buchgeschenke für Gefangene. Bei der Aktion „Ferien vom Krieg“ haben wir erstmals mehr ausgegeben als eingenommen. Dies liegt vor allem an den kostenaufwendigen Begegnungsseminaren von Israelis und PalästinenserInnen. Der Haushalt für diese Aktion liegt allerdings auch doppelt so hoch wie der gesamte Komitee-Haushalt. Mit diesen INFORMATIONEN erhalten Sie wieder den Spendenaufwurf für diese wichtige friedenspolitische Aktion des Komitees.

*Martin Singe  
Elke Steven  
Dirk Vogelskamp*

Rassismus ist daran beteiligt). Diese in Sicherheitsvorkehrungen eingemauerte Zwangsgesellschaft wird aber alles andere als sich selbst überlassen. Auf sie richten sich angst- und machtbesetzte Projektionen. Sie ist webedicht kontrollverrechtlicht. Alle Schritte, die handelnd Freiheit auszeichnen, schon vom geäußerten Gedanken an, werden peinlich auch denjenigen vorgeschrieben, die diese Zwangswelt stellvertretend für Staat und Gesellschaft verwalten sollen. Also auch der 1947 als Leiterin bestellten Helga Einsele. Sie war einer Anregung Gustav Radbruchs gefolgt und hatte sich noch von Österreich aus beworben.

Um diese totale Institution in der Balance zu halten zwischen repressivem Strafvollzug und dem mühsamen, offiziell weithin misstrauisch beäugten Versuch, Frauen, die Schaden genommen und geübt haben, wieder zum selbstbewusst geführten Leben zu verhelfen, war Helga Einseles ganzer Einsatz gefordert: ein 10-12-Studentag, meist auch an Wochenenden; fast keine Zeit für die Kleinfamilie oder eigenbestimmte Ruhepausen. Möglich war dies nur, weil die substantiellen Ziele, die Helga Einsele verfolgte, nicht nur ‚an sich‘ menschenrechtlich und demokratisch richtig waren. Vielmehr erquickte sie sich aus eben der Quelle, die ihr am meisten Sorge und Mühe bereitete, die ihren Beruf ausmachte: den Frauen, die es in unterschiedlichen Längen und aus erheblich verschiedenen Gründen nicht schafften, sich in der alles andere als trefflich bestellten Normalität der Bundesrepublik zurechtzufinden. Ihr Umgang mit diesen Frauen – das ist es, wo Helga Einseles Herz schlug; das ist es, warum sie zu ungewöhnlichen Leistungen gerade auch in dem in der Lage war, was man allzu oberflächlich und harmonisch „Resozialisierung“ nennt. Helga Einsele nahm „ihre Frauen“ als Personen ernst. Sie sprach mit ihnen über ihre Probleme und die Probleme der Haftbedingungen. Sie beteiligte die Frauen, wo immer möglich und risikanterweise über das Mögliche hinaus. Sie dehnte das Mögliche human. Damit verwirklichte sie, soweit das im herrschenden Strafkorsett überhaupt möglich ist, einen humanen Strafvollzug.

Das, was Helga Einsele nach allem, was wir wissen, selbst vermochte, gibt den Ausschlag: „auf Machtausübung, sowohl politisch wie rechtlich, soweit wie irgend möglich im Zusammenleben von Menschen zu verzichten“ (a.a.O.; S. 352, letzte Seite ihres Buches).

Über diese wahrhaft in jeder Hinsicht erfüllte Zeit hinaus hat sich Helga Einsele im Sinne ihrer substantiellen Ziele weit über die Haftanstalt hinaus engagiert. Als Pazifistin hat sie früh die Ostermärsche unterstützt. Darum eckte sie an. Sie wurde im Zusammenhang der Ausschussverfahren wider den Kreis derjenigen, die den SDS gegen den strammen sozialdemokratischen Anpassungskurs an den abenddämmernden CDU-Staat unterstützten, wie Wolfgang Abendroth, Heinz-Joachim Heydorn, Monika Seifert und anderen, aus der SPD ausgeschlossen. Dieser Ausschluss war für ihre Position in einer etablierten Behörde mehr als parteiintern bzw. dann parteiextern riskant.

1982 antwortete Helga Einsele kurz auf die an sie gestellte Frage „wie unser Land nicht aussehen“ sollte:

„Dieses Land darf unter keinen Umständen ein Land sein, in dem das Bezahlbare wertvoll wird. Es kann auch kein Land sein, in dem eine dünne privilegierte Oberschicht alle anderen unterdrückt, ihnen keine Entwicklungsmöglichkeiten gibt, es dürfte auch kein Land sein, in dem die Technik alles, auch den Menschen, verschlingt. Viertens darf es kein Land sein, in dem uns die Werte von oben vermittelt werden. In einem solchen Land entsteht Heuchelei, und das ist der Tod jedes Gutseins.“

Wir schließen unseren vor, also in die Zukunft rufenden Nachruf, indem wir den Schluss von Dorothee Sölles kurzem Festschriftbeitrag übernehmen (Dorothee Sölle: Helga Einsele und die Liebe zu den Menschen, ebd., S. 109 f.):

„Und als der Reporter Gerhard Rein sie fragte, ob sie nicht ins Scheitern verliebt sei statt ins Gelingen, gab sie eine Antwort, die an einen berühmten Satz von Gustav Heinemann erinnert und ein Musterbeispiel für die Unbestechlichkeit ist, um deretwillen man

Helga Einsele lieben muss (Heinemann antwortete während seiner Präsidentschaftszeit – 1969-1974 – einem Reporter auf die Frage, ob er sein Vaterland liebe, schlicht und besser ergreifend: nein, ich liebe meine Frau). Sie sagte: „Man kann weder ins Scheitern noch ins Gelingen verliebt sein, man kann nur in Menschen verliebt sein, und das muss man wahrscheinlich.“

*Wolf-Dieter Narr, Klaus Vack*

## Tagung in Arnoldshain

**Die Jahrestagung des Komitees wird erneut in Arnoldshain stattfinden. Vom 16. - 18. September 2005 diskutieren wir über den Verfassungsentwurf der EU: Für ein demokratisch-plurales Europa - Wider Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit der EU.**

Das gegenwärtige EU-Europa folgt primär der „Logik des Kapitals“. Im Kontext der Weltmarktentwicklung und deren Konkurrenz muss die EU als regionaler kapitalistischer Macht- und Konkurrenznoten- und Kreuzungspunkt wahrgenommen werden. Dieser neoliberalen Orientierung entsprechen die in der Verfassung grundgelegte militärischen „Verteidigungsidentität“ und das sich entwickelnde Polizeispinnst der Überwachung, Ausgrenzung und „Verlagerung“.

Dem gilt es, unsere Vorstellungen von einem Europa, das wir politisch demokratisch-menschenrechtlich meinen, entgegenzusetzen.

### **Spendenaufwurf**

Komitee für Grundrechte und  
Demokratie  
Volksbank Odenwald  
BLZ 508 635 13  
Konto 802 46 18

## Der Umgang mit Versammlungs- und Meinungsfreiheit offenbart den Zustand bundesdeutscher Demokratie

In den letzten Wochen wurden Gesetzesentwürfe zur Änderung des Versammlungsgesetzes und des Strafgesetzbuches diskutiert. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie forderte in einem Offenen Brief die Mitglieder des Innenausschusses des Bundestags auf, sich gegen jede weitere gesetzliche Einschränkung von Versammlungs- und Meinungsfreiheit einzusetzen und begründet dies in einer Stellungnahme.

Das, was von der NPD, rechten Kameradschaften und ihren Anhängern gesagt wird, ist abscheulich. Damit werden andere Menschen verachtet. Es ist antidemokratisch. Diesen tiefenden Vorurteilen ist laut und öffentlich zu widersprechen.

Rechten Wahn kann man jedoch nicht mit Mitteln bekämpfen, die diesen antidemokratischen Wertvorstellungen entsprechen. Jede Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit ist undemokratisch. Damit werden nicht die NPD-Anhänger bekämpft und ins Abseits gedrängt. Damit wird Menschenrechten und Demokratie der Atem genommen.

### Das Demonstrationsrecht stand schon immer unter Druck

Das Recht, sich „ungehindert und ohne besondere Erlaubnis“ zu versammeln, ist eines der zentralen politischen Freiheitsrechte. Das Grundrecht aller Bürger und Bürgerinnen, sich unter freiem Himmel zu versammeln, wurde von Anfang des Grundgesetzes an unter den Vorbehalt eines einschränkenden Gesetzes gestellt. Demonstrationen stand „man“ misstrauisch gegenüber. Das 1953 verabschiedete Versammlungsgesetz folgt darum einer Perspektive, die Demonstrationen unter autoritärer, polizeilicher Sicherheit behandelt. Eine Novellierung dieses Gesetzes in Richtung

auf ein liberal-demokratisches, grundrechtsgemäßes Demonstrationsverständnis, auf Ausweitung des Rechts wäre dringend angezeigt.

Versammlungen sind dauernd umstritten. Sie ärgern. Die in Demonstrationen zum Ausdruck gebrachten Interessen widersprechen häufig offizieller Politik. Von der etablierten Herrschaft abweichenden Meinungen und Forderungen soll Gehör verschafft werden. Gerade Minderheiten nehmen dieses Grundrecht in Anspruch. Sie sind auf dessen Schutz angewiesen. Gestärkt wurde das Versammlungsrecht durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 1985, den „Brokdorf-Beschluss“. Versammlungs- und Meinungsfreiheit seien, laut Urteilsbegründung, „unentbehrliche und grundlegende Funktionselemente eines demokratischen Gemeinwesens“. Demonstrationen, so das BVerfG, stellen ein Zeichen der „Freiheit, Unabhängigkeit und Mündigkeit des selbstbewussten Bürgers“ dar. Mit angemessenem Nachdruck stellten sie fest: Demonstrationen, zu denen Bürger und Bürgerinnen aus eigenem Antrieb zusammen kommen, enthalten „ein Stück ursprünglich ungebändigter unmittelbarer Demokratie, das geeignet ist, den politischen Betrieb vor Erstarrung in geschäftiger Routine zu bewahren“.

Für die Verteidigung dieses essentiellen demokratischen Rechts setzt sich das Komitee für Grundrechte und Demokratie von Beginn

an auf vielfältige Weise ein. Weil Freiheit immer auch die Freiheit der Andersdenkenden ist, treten wir vehement für das uneingeschränkte Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit aller ein.

### Statt Verbote - öffentliche Auseinandersetzungen

Sechzig Jahre nach dem tiefsten Grabenbruch deutscher Geschichte und den daraus erwachsenen, nie endgültig leistbaren Aufgaben, zeigt sich lebendige Demokratie darin, dass Probleme öffentlich wahrgenommen und Auseinandersetzungen öffentlich ausgetragen werden. Hier bewährt sich, ob staatliche Institutionen, Parteien, andere Gruppierungen und einzelne ihren Anspruch, Demokratie und Menschenrechte zu praktizieren, nicht heuchlerisch vor sich hertragen. Jetzt können sie zeigen, dass sie mit Mitteln und Argumenten und mit Taten kämpfen können, die demokratisch und menschenrechtlich stimmig sind. Das „nationaldemokratische“ Milieu und die Kräfte, die es erzeugen, werden nicht durch Vertuschen und Ausgrenzen bekämpft, sondern indem man politische Beteiligung und soziale Anerkennung aller Gruppen dieser Gesellschaft stärkt.

Auch den Anhängern der NPD muss öffentlich begegnet werden. Die Freiheit, sich ungehindert und ohne besondere Erlaubnis zu versammeln, wird schon häufig genug



mit dem Rückgriff auf polizeiliche und verfassungsschützerische Gewaltprognosen und mit Hilfe grundrechtverletzender polizeilicher Eingriffe genommen. Die Straße kann ein Ort der öffentlichen Auseinandersetzung sein. Die häufig zu beobachtenden Einkesselungen und Ingewahrsamnahmen derjenigen, die gegen die NPD demonstrieren, stellen den demokratischen Skandal dar, den es zu thematisieren gilt. Strafrechtliches Vorgehen gegen diejenigen, die zum Protest gegen die NPD-Anhänger aufrufen - wie in München und in Wuppertal geschehen - ist erst recht grundrechtswidrig.

Unzulässig ist es, sich hinter dem Rücken der nie gut zu machenden Opfer nationalsozialistischer Herrschaft und den wenigen zu verbergen, die überlebt haben, und den noch weniger, die heute noch am Leben sind. Diesen Opfern des Nationalsozialismus wird man nicht gerecht, indem man Demokratie und Meinungsfreiheit örtlich einschränkt. Materielle Konsequenzen, dort wo sie noch möglich sind, nicht aber symbolisch repressive Gesten könnten noch ein wenig mildern.

Den heutigen Opfern der braunen Schläger aber hilft man nicht, indem man Versammlungen an Gedenkstätten verbietet. Über den konkreten Schutz hinaus hilft ihnen eine Ausländer- und Asylpolitik, die nicht restriktiv und repressiv die Vorurteile noch stärkt, die NPD-Anhänger rassistisch, in der Ablehnung alles Anderen und aller Anderen totalisieren.

Die geplante Änderung des Strafgesetzbuches wäre vollends ein repressiver Faustschlag des Gesetzgebers ohne anderen als demonstrativ schädlichen Sinn. Indem pauschal und kasuistisch andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit präventiv pönalisiert würden, trüge man außerdem zur Relativierung des Holocaust bei.

Der Einzug nationalistischer, rassistischer und antisemitischer Vorurteile in die Mitte dieser Gesellschaft ist das Problem, mit dem wir uns alle nachdrücklich zu beschäftigen haben. Andere politische und soziale Chancen und Umgangsformen sind gerade auch von etablierter Politik dagegen zu setzen. Mit

dem Ruf nach staatlichem Verbot und nach Einschränkung von Freiheitsrechten findet man gerade bei denen Zustimmung, die solche Vorurteile pflegen. Ja, man begünstigt sie bewusst oder unbewusst mit.

*Heiner Busch  
Wolf-Dieter Narr  
Elke Steven*

## Zur Friedensarbeit des Komitees

Mainz ist wieder im Normalzustand; Bush und Schröder haben ihr nettes Essen im Kurfürstlichen Schloss hinter sich gebracht. Eindrucksvoll und friedlich haben etwa 15.000 Menschen in Schnee und Kälte demonstriert. Das Komitee hatte die Demonstration unterstützt und auch einen eigenen Aufruf anlässlich des Bush-Besuches verbreitet. Darin forderten wir eine konsequente zivile Friedenspolitik ein.

Im Januar fand die Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden statt, in der wir mitarbeiten. Andreas Buro moderierte die Konferenz. Vier Schwerpunkte der Arbeit wurden für 2005/2006 beschlossen: Irak-Krieg/Vorbeugung gegen einen möglichen Iran-Krieg; EU-Militarisierung / EU-Verfassung; Zivile Konfliktbearbeitung; Gewaltfreie Arbeit im Nahbereich. Die dritte Gruppe wird von Andreas Buro koordiniert; es soll zunächst um die Analyse gelungener/verhinderter/notwendiger ziviler Konfliktbearbeitung gehen. Dazu soll eine kleine Gruppe von FriedensforscherInnen eingerichtet werden. Im Bereich der EU-Militarisierung geht es vor allem um weitere Aufklärungsarbeit über die anstehenden Militarisierungsschübe und die in der Verfassung fest verankerte militärische Orientierung.

Hinichtlich des anhaltenden Irak-Krieges gilt es, eine tiefere Verstrickung der Bundesrepublik zu verhindern. Die Regierung rühmt sich inzwischen, von der Seite der Kriegsgegner (zu der sie ja nie wirklich gehört hatte) auf eine Vermittlerposition gerückt zu sein. Laut Süddeutscher Zeitung (18.1.05) hieß es vor dem Bush-Besuch in Regierungskreisen: „Die schwierige Zeit liegt hinter uns. ... Andere



© arbeiterfotografie.com

Kriegsgegner sitzen noch auf dem Zaun und schauen zu.“ Man rühmt sich der seitens der Bundeswehr ausgeübten Ausbildungshilfe für das irakische Militär. Schließlich will man auf Dauer etwas vom zu verteilenden Öl-Kuchen abbekommen. Statt dessen wäre eine Friedenskonferenz für die gesamte Nahost-Region zu fordern, auf der die involvierten Staaten - evtl. unter Hilfe der UNO oder eines international zusammengesetzten Teams von Friedensforschern - ihre Interessen so abstimmen, dass eine langfristige Friedensordnung in der Region und eine atomwaffenfreie Zone entstehen könnten.

Gleichzeitig gilt es, einem drohenden Iran-Krieg entgegenzutreten. Zwar scheint die Bush-Regierung vorläufig auch eine diplomatische Lösung zu präferieren, dennoch ist die Kriegsdrohung nicht vom Tisch. Der „Feldzug gegen den Terror“ kann uns noch böse Überraschungen bescheren. Umso wichtiger bleibt es, wachsam zu sein und eine friedliche Politik einzufordern. Unser Appell für eine zivile Konfliktlösung in Afghanistan hat eine politische Kontroverse mit dem Grünen-Politiker Winni Nachtwei ausgelöst. Die Kontroverse ist im Friedensforum 1/2005 dokumentiert. Das Heft kann als kostenfreies Probeexemplar angefordert werden (Dauer-Abo wäre natürlich schöner): Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn; 0228-692904.

Über die Strafverfolgung der resist-Aktionen 2003 wird als Beilage zum nächsten Friedensforum eine kurze Prozess-Dokumentation erscheinen.

*Martin Singe*